



Pressemitteilung

Ansbach, 12.03.2013

Schwarz-rosa-grüne Geheimräte wollen „in Ruhe weiterarbeiten“

Offene Linke: „Öffentliche Daseinsfürsorge darf nicht wie ein Konzern geführt werden“

ABuV hält Besucherzahlenentwicklung im Aquella weiter unter Verschluss

Die CSU-, SPD- und Grünen-Aufsichtsräte der Ansbacher Bäder- und Verkehrs-GmbH (ABuV) wollen „in Ruhe weiterarbeiten“, wie der FLZ zu entnehmen war. Im Klartext bedeutet das: Das schwarz-rosa-grüne Geheimrats-Bündnis will weiterhin Transparenz und demokratische Kontrolle verhindern. Diesem sind firmeninterne Kennzahlen offenbar wichtiger als das Wohl der BürgerInnen und der Stadt.

Die Offene Linke verortet hingegen Entscheidungen mit Blick auf kommunale Energieversorgung, Mobilität und Freizeitgestaltung „mittendrin statt über allem“: „Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Daseinsfürsorge in Ansbach nicht wie ein Konzern geführt wird. Die ABuV-Preispolitik ist in hohem Maße unsozial und aufgrund der mangelnden Nachfrageorientierung zudem unwirtschaftlich.“

Dass die Kungelrunden im Hinterzimmer zum „Zusammenschweißen“ von CSU und Grünen führen, birgt für die Öko-Partei nun ein Glaubwürdigkeitsproblem: Mit den Stimmen der Grünen wurden sowohl die massiven Preiserhöhungen im ÖPNV 2012/13 beschlossen, als auch jüngst die Angebotsverschlechterung des Busverkehrs. „Die Grünen sind derzeit ein sozialer und ökologischer Totalausfall. Ihre 180-Grad-Wendung führt deren Wahlversprechen ad absurdum. Sie forderten vor Kurzem sogar noch Nachtbusse in Ansbach“, erinnerte die Offene Linke.

Konzept für Rekommunalisierung gefordert: „Stadtwerke in Bürgerhand!“

Derweil hält die ABuV die Besucherzahlenentwicklung im Aquella weiter unter Verschluss. Im Gegensatz zu den Vorjahren sollen Stadt und BürgerInnen über die Lage nach der dortigen Tarifierhöhung im Dunklen gelassen werden. Schon gibt es Spekulationen über erneute Rekordverluste bei der Nachfrage. Die Offene Linke forderte OB Seidel daher auf, zum einen mehr Druck bei der Umsetzung der Transparenzrichtlinien zu machen und zum anderen die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept für die Rekommunalisierung der ABuV aufzulegen. „Wir werden den AnsbacherInnen für die Kommunalwahl eine klare Alternative zu den Geheimstrukturen der Privatisierungs-Parteien anbieten: Stadtwerke zurück in Bürgerhand“, so die WählerInnen-Gemeinschaft abschließend.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat